

## An alle - arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten - Bürger/innen

### **Aufruf zur Unterstützung der „Offensive für Arbeit, soziale Sicherung und Bildung“**

- **Der Aufruf zur Unterstützung der Offensive für Arbeit richtet sich an alle Menschen.**

Im Prozess der Globalisierung verhindert die bestehende Wirtschaftsordnung, dass die Unternehmen für alle Arbeitssuchenden ausreichend viele Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können. Dieser Mangel an Arbeitsplätzen schafft eine Situation, in der jeder arbeitende Mensch damit rechnen muss, dass er jederzeit seinen Arbeitsplatz verlieren kann. Deshalb erzeugt diese Situation gefährliche Existenzängste in der deutschen und europäischen Bevölkerung. Solche Ängste sind der Boden, auf dem eine fremdenfeindliche Haltung gedeihen kann.

Alle Menschen in Europa sind deshalb eingeladen, sich an der „Offensive für Arbeit“ zu beteiligen.

Wenn genügend viele Menschen die Offensive für Arbeit stärken, besteht die Chance, die vorhandene Situation, die diese Existenzängste erzeugt, zum Besseren hin zu verändern.

- **Ziele der „Offensive für Arbeit“**

Das vorrangige Ziel der „Offensive für Arbeit in Europa“ ist, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen,.

Darüber hinaus hat sie das langfristige Ziel, die Arbeit im 21. Jahrhundert so zu gestalten, dass die Würde des Menschen sich in der Arbeit realisieren kann und der Sinn und Wert der Arbeit für die Entwicklung der Menschheit und jeden individuellen Menschen begriffen und erlebt werden kann.

- **Nicht die Arbeitslosen, sondern die Arbeitslosigkeit bekämpfen!**

Die rot/grüne Regierung hat schon in der vergangenen Legislaturperiode - mehr noch als die vorherigen Regierungen - die Arbeitslosen in Bedrängnis gebracht, anstatt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Eine konservativ/liberale Regierung hätte (im Falle eines Wahlsieges) in der beginnenden Legislaturperiode sozial noch stärker einschneidende Maßnahmen zu Ungunsten von arbeitslosen und arbeitenden Menschen beschlossen.

Die „Offensive für Arbeit“ will nicht die Arbeitslosen, sondern die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Im ersten Schritt will sie den Betroffenen die Furcht vor der Arbeitslosigkeit nehmen.

Die Furcht vor der Arbeitslosigkeit ist heute berechtigt. Sie entsteht im Wesentlichen, weil mit dem Verlust der Arbeit der Verlust des Einkommens (in seiner bisherigen Höhe) gekoppelt ist.

Wenn den Arbeitenden diese Furcht genommen werden kann, dann werden sie nicht so rigide die (heute noch zu recht) bestehenden gesetzlichen und tariflich vereinbarten Kündigungsschutzmaßnahmen verteidigen wollen.

- **Ein „Sieben-Punkte-Sofort-Paket“ zur konkreten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**

Das „Sieben-Punkte-Sofort-Paket“ kann im Rahmen des Systems der „Sozialen Marktwirtschaft“ durch entsprechende Gesetzgebung sofort realisiert werden. Insofern ist es ein realpolitisches Programm.

Dieses Programm soll solche gesetzliche Rahmenbedingungen bewirken, dass

- a) Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen können,
- b) einerseits die arbeitleistenden Menschen, die von der Arbeitslosigkeit potentiell immer bedroht sind, ihre Furcht davor verlieren und andererseits die verbleibenden Arbeitslosen weniger Schaden erleiden, weil sie dann besser sozial abgesichert und angesehen sein werden.

#### **1. Wir brauchen ein völlig neues Steuer- und Abgabensystem.**

Wir brauchen eine ausschließlich verbrauchsberechnete Steuer-, Sozial- und Kulturabgabe, weil dann die sogenannten „Lohnnebenkosten“ ganz entfallen. Dann zahlen nicht mehr nur die immer weniger werdenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Abgaben in die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungskassen, sondern jeder Verbraucher. D.h., steigt der Umsatz eines Unternehmens, so fließt mehr in die Abgabekassen.

#### **2. Verbesserung des sozialen Sicherungssystems und Abbau der Diffamierungen von Arbeitslosen!**

Aufgrund einer Mehrwertsteuer ähnlichen Sozialversicherungsabgabe ist es möglich, das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu erhöhen. Die Inanspruchnahme ist zu erleichtern. Die Diffamierungen von Arbeitslosen ist zu beenden. Eine breite Aufklärung über die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit ist zu leisten.

#### **3. Flexibilisierung der Unternehmensentscheidungen!**

Auf der Grundlage eines verbesserten sozialen Sicherungssystems, können die Kündigungsregeln so überarbeitet werden, dass die Unternehmen flexibel, gemäß der Auftragslage reagieren können. Mitarbeiter könnten dann kurzfristig eingestellt oder entlassen werden, ohne dass die Entlassenen ins soziale Elend stürzen oder als Faulenzer diffamiert werden. Diese Flexibilität erhöht die Chancen der Unternehmen, im härter werdenden Konkurrenzkampf zu überleben und Arbeitsplätze zu erhalten.

#### **4. Die Bedingungen der geistigen Arbeit verbessern!**

Da die geistige Arbeit die Grundlage aller (auch der materiell-wirtschaftlichen) Wertschöpfungen sind, sollte die Wirtschaft mehr in freie Unternehmen für Bildung und Wissenschaft investieren (Kulturabgabe).

#### **5. Einkommensumstrukturierung zu Gunsten der mittleren und unteren Einkommen!**

Es muss mehr Geld in die Hände der Menschen mit unteren und mittleren Einkommen gelangen, damit die Binnennachfrage (im Euro Währungsgebiet) wachsen kann. Vielen Verbrauchern fehlt schlicht das nötige Geld um als Nachfrager in Erscheinung treten zu können. Deshalb ist auch der Mittelstand zu stärken.

## **6. Dienstleistungsunternehmen für Arbeitslose**

Die Aufgabe, Arbeitslose in die Arbeit zu vermitteln, kann von einem Unternehmen der Gesamtwirtschaft, das diese Dienstleistung für Arbeitslose anbietet, besser als von einem Bundesamt bewältigt werden.

Alle Tätigkeiten dieses Unternehmens und alle von diesem Unternehmen zu zahlenden Einkommen der „Arbeitslosen“ und „Sozialhilfeempfänger“ wären durch die Einnahme zu finanzieren, die durch die in die Warenpreise inkalkulierten Abgaben aller Unternehmen für diesen Zweck der „Arbeitslosenversicherung“ aufgebracht würde.

## **7. Arbeitslosen unbezahlte sinnvolle Tätigkeiten ermöglichen!**

Arbeitslose könnten diese Tätigkeit beim Dienstleistungsunternehmen für Arbeitslose anmelden und mit ihrem Arbeitsberater vereinbaren, dass sie für die vereinbarte Zeit von der Abruflbereitschaft zur sofortigen Annahme einer bezahlten Arbeitsstelle befreit werden, damit sie eine sinnvolle unbezahlte Tätigkeit (Weiterbildung, Mitarbeit in gemeinnützigen Vereinen usw.) ausüben und die Mitarbeiter dieses Dienstleistungsunternehmens erfolgreicher die verbleibenden Arbeitssuchenden vermitteln können.

Es muss neu gesetzlich geregelt werden, dass sie in diesem Zeitraum weiterhin ihr Arbeitslosengeld oder ihre Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe beziehen.

Dies alles würde den Andrang auf die wenigen freien Stellen beenden, eine Entspannung am sogenannten „Arbeitsmarkt“ träte sofort ein.

- **Die beiden folgenden Punkte gehören nicht zum „Sieben-Punkte-Sofort-Paket“.**

Die Realisierung des folgenden Punktes führt zu einer anderen Wirtschafts- und Geldordnung. Er gehört deshalb nicht zum Sofort-Paket. Wenn diese neue Ordnung anstelle der alten rechtsverbindlich werden würde, wäre eine grundlegende Ursache vieler Probleme überwunden. Auch als komplementäre Ordnung wäre sie hilfreich.

Punkt 9 beschreibt eine zur Zeit notwendige Strategemaßnahme.

## **8. Neureglung des Geld- und Bankensystems – und der Kreditierung der Unternehmen!**

Sicher ist, dass alle Menschen die Arbeit, zu der sie sich berufen fühlen, finden könnten, wenn das Geld- und Kreditsystem auf der Grundlage neuer Gesetze anders organisiert wird. Auf dieser neuen Grundlage können alle Unternehmen zinsfrei „kreditiert“ werden, die einen Beitrag zur Befriedung des Bedarfs leisten.

## **9. Unterstützung der Demokratiebewegung**

Die Offensive unterstützt die Forderung des Projektes Volksabstimmung/Volksentscheid. Sie fordert den Deutschen Bundestag auf, dass er mit der einfachen Mehrheit der rot-grünen Regierungsfractionen ein Gesetz beschließt, durch das dem Volk eine Ur-Abstimmung über die der „dreistufige Volksgesetzgebung“ ermöglicht wird. D. h., weil die Opposition sich bisher weigert, die „dreistufige Volksgesetzgebung“ ins Grundgesetz aufzunehmen, soll das Volk (gemäß GG Art. 20, 2) in einer Volksentscheid selbst darüber entscheiden, ob es künftig über wichtige Gesetze selbst entscheiden will. Dann könnte die „Offensive“ zur Verwirklichung ihrer Vorschläge - z. B. für andere Steuergesetze - Volksinitiativen starten. Wenn der Bundestag einen solchen Gesetzantrag nicht beschließen will, könnte die Volksinitiative ein Volksbegehren in Gang setzen, das dann, wenn es erfolgreich ist, zum Volksentscheid über diesen Gesetzesantrag führt, in dem das Volk dann rechtsverbindlich mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet. Genauer dazu, siehe auf den Internetseiten des Formats Willensbekundung.

### **Was tun?**

Wer diese Offensive für sinnvoll hält, sie als richtig und hilfreich empfindet und deshalb will, dass sie kräftig wird, hat die Möglichkeit **genauere Informationen** anzufordern (bzw. im Internet abzurufen) und/oder er kann sie **durch sein mitwirken unterstützen**.

- **WillensBekundung**

Außerdem ermöglicht die „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit und Bildung,“ die sich in Deutschland mit ihren Vorschlägen gegen die defensive Politik des Sozialabbaus richtet, allen Bürgerinnen und Bürgern ihren Willen zu bekunden. Sie können sich im Internet bei dem Format: [www.willensbekundung.net](http://www.willensbekundung.net) über die Ziele der „Offensive“ genauer informieren. Dann können Sie, wenn Sie diesen Zielen im wesentlichen zustimmen, ihren Willen für die hier skizzierten Maßnahmen und gegen den Sozialabbau, den die Regierung mit der Agenda 2010, ebenso wie die Opposition und Wirtschaftsverbände mit ihren Forderungen anstreben, bekunden.

Wer genaueres über die Ursachen und Lösung des hier skizzierten Problems der Arbeitslosigkeit und der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme erfahren möchte, kann folgenden, 8-seitigen Text bestellen und lesen: **„Plädoyer für einen Paradigmenwechsel – Ein neues, zeitgemäßes und sozial gerechteres Steuer- und Sozialabgabensystem ist eine Notwendende Grundlage für Arbeit, soziale Sicherheit und den inneren Frieden“**. Er ist auch im Internet abrufbar. Die „EINLADUNG AN ALLE – Ein Aufruf zur Beteiligung der Bürger/innen an einer „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“ verdichtet den Inhalt des „Plädoyers“ auf zwei Seiten.

**Auch ein Info-Blatt über mögliche und schon in Planung befindliche Aktionen kann angefordert werden.**

Wer das Info-Blatt über mögliche und schon in Planung befindliche Aktionen oder die anderen Texte (mit Kostenbeteiligung) bestellen möchte oder sich direkt aktiv beteiligen will, wende sich bitte an:

**Offensive, Panoramastr. 30, 88147 Achberg, E-mail: [offensive@willensbekundung.net](mailto:offensive@willensbekundung.net)**

**Internet: [www.offensive.willensbekundung.net](http://www.offensive.willensbekundung.net)**